



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 30. Januar 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

43. Sitzung des Sozialausschusses

*am Donnerstag, dem 29. Januar 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung zum **Thema multiresistente Keime am UKSH** entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss.

Zum Thema **kinderrheumatologische Versorgung** kam der Ausschuss überein, in seiner nächsten Sitzung Vertreter der KV, des vdek und Herrn Dr. Tzaribachev anzuhören.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege**, [Drucksache 18/2569](#), kam der Ausschuss überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Benennung der Anzuhörenden soll bis zum 9. Februar 2015 erfolgen. Die Anhörungsfrist soll vier Wochen betragen.

Den **Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012**, [Drucksache 18/1035](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Die antragstellende Fraktion der PIRATEN zog den Gesetzentwurf zur **Neuregelung der zwangsweisen Unterbringung und Behandlung in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/606](#), zurück. Eine Beschlussfassung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Psychisch-Kranken-Gesetzes und des Maßregelvollzugsgesetzes**, [Drucksache 18/1363](#), soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Sodann nahm der Ausschuss einen Bericht über die geplante **Schließung der Außenstelle des Landesamtes für Soziale Dienste in Kiel** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung berichtete anschließend über den **Stand der Entwicklung des Geburtshilfekonzeptes**.

Eine Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion der CDU, **Organspende rettet Leben - Vertrauen durch weitere Aufklärung stärken**, [Drucksache 18/2002](#), stellte der Ausschuss nach Berichterstattung der Landesregierung zurück.

Nach einer Diskussion kam der Sozialausschuss überein, den Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN betreffend **Anonyme Spurensicherung ermöglichen**, [Drucksache 18/605](#) (neu), sowie die dazugehörigen Änderungsanträge, [Drucksache 18/664](#) - selbstständig - und [Umdruck 18/2246](#), am 26. Februar 2015 weiter zu beraten.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Ausführung des Gesetzes des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch**, [Drucksache 18/2499](#), beschloss der Ausschuss, in einer mündlichen Anhörung den Kommunalen Landesverbänden und dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen.

Zu den **Beschlüssen der 28. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, [Umdruck 18/3751](#), stellte der Ausschuss den Fraktionen anheim, diese zur Kenntnis zu nehmen und gegebenenfalls Initiativen daraus zu entwickeln.

Der Ausschuss nahm auf Antrag der Abg. Dr. Marret Bohn, [Umdruck 18/3922](#), einen Bericht der Landesregierung zur **Umsetzung der Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Flüchtlingen und zur Einführung einer Gesundheitskarte nach dem „Bremer Modell“ auf der Grundlage der Einigung zwischen Bund und Ländern aus dem November 2014** entgegen.

Schluss: 17:15 Uhr

gez. Petra Tschanter